Von: PB
An: ZK-Mitglieder, SL, Mitglieder
Dat: 21. März 80

Intern

Entwurf:

ZK-Resolution zur Lancierung der LWS-Initiative

1. Unsere LWS-Initiative hat sich drei objektive Probleme zum Ziel gestellt: a) die Frage einer möglichen Jugendarbeitslosigkeit ausgehend von einer unter- und fehlqualifizierung der Jugend, b) die Möglichkeit eines Teils der Unternehmer, auf Kosten der Jugendlichen sich billigste Arbeitskräfte zu halten, die nach der Lehre den Beruf wechseln müssen und so zu Lohndrückern werden, c) das Problem der Umschulung von ausgelernten Arbeitskräften infolge von Fehl- und Unterqualifikation in der Lehre oder infolge der Umstrukturierung.
Mit Ausnahme von Punkt a) haben sich diese Probleme in den zwei Jahren, seit die RML am Projekt der LWS arbeitet verschärft. So zeigte sich auch breiteren Schichten der Bevölkerung, dass auf dieser Ebene eine Lösung gesucht werden muss.
Unsere Initiative gibt keine radikal-umfassende Lösung an, sondern öffnet nur den Weg dazu. Sie schliesst das für die Arbeiterbewegung noch ungünstige Kräfteverhältnis mit in die Strategie ein. Ihr Ziel ist es, das Monopol der Unternehmer in der Berufsbildungsfrage zu brechen.

2. In der Arbeiterbewegung hat sich die Verschärfung dieser Probleme auch niedergeschlagen. Ein erster Versuch der Gewerkschaftsführung war es, sich diesbezüglich mit dem Referendum gegen das Berufsbildungsgesetz zu profilieren und so die Position gegenüber den Unternehmern zu stärken. Darüber hinaus zeigte sich auf verschiedenen Ebenen der Gewerkschaft eine Ratlosigkeit oder grössere Offenheit, was uns erlaubte, unsere Vorschläge für die LWS einzubringen. So fand bei den Verbandstagen des GBH und des VPOD die LWS-Forderung Eingang ins Programm. In Basel, Uri und Zürich haben kantonale LWS-Initiativen breitere Diskussionen und gemeinsame Schritte ausgelöst. Dabei wirkte immer der zürcher Vorschlag der RML als Vorbild. In den Vertragsverhandlungen der GDP wurde die Frage der Ausbildung (Umschulung) zu einem zentralen Punkt, der erneut die Möglichkeiten unseres Vorschlages zeigt. Zudem hat unsere Einheitsfronttaktik ermöglicht, die Diskussion auf breiterer Ebene anzugehen und schon erste Erfolge vorzuweisen. In verschiedenen Sektoren der Linke wirkt sie auch als Beispiel.

3. Aus diesem Grund sah sich die Bürokratie des SGB schon in der Vorbereitungsphase der Initiative veranlasst, Schritte zu unternehmen, die ein weiteres Fussfassen unseres Vorschlages innerhalb der Gewerkschaftbewegung verhindern sollten. Diese Schritte sind von einem ausserordentlichen Sektierertum und Bürokratismus gekenntzeichnet:
-Streichen der Forderung LWS, die traditionell einen Platz im SGB-Programm hatte, aus dem Programmentwurf 1980.
-Ohne offene Diskussion Vorbereitung des Kaders der Verbände durch ein Zirkular und einen Schulungskurs, um innnerhalb den Verbänden den Kampf gegen unseren Vorschlag aufnehmen zu können,
-Artikel-Kampagne in den Verbandsorganen, die auf die Lehrlings- und Ausbildungsfrage eingehen aber unseren Vorschlag verschweigen und stattdessen das Schwergewicht so lehgen, dass sie der politischen Konfrontation mit den Unternehmern und um die Folgen des neuen Berufsbildungsgesetzes aus dem Weg gehen, die unsere Initiative anleiten könnte.

Diese Massnahmen der Führung und ihre inhaltliche Schwäche zeigen zugleich wie die Möglichkeit unseres Vorschlages eingeschätzt wird. Dabei gibt es im wesentlichen drei Gründe, die die Bürokratie abhalten, positiv auf unseren Vorschlag zu reagieren:
-Unsere Initiative führt zu einer politischen Konfrontation mit den Unternehmern, die alle Ebenen der gewerkschaftlichen Aktivität betrifft (Betrieb, Verträge, paritätische und parlamentarische und staatliche Kommissionen), und die im Gegensatz zur Arbeitsfriedenspolitik steht.
-Die SGB-Führung musste über die Verbände schon weitgehend schlucken, dass die RML als ein militanter Flügel der Arbeiterbewegung anerkannt wird; sie will aber diesem militanten Flügel auf keinen Fall zugestehen, dass er auch auf der Ebene der höchsten Gewerkschaftspolitik Vorschläge machen kann und als Partner und Beteiligter anerkannt wird.
-Die SGB-Führung fürchtet, dass über eine Einheitsfront-Politik, wie wir sie vorschlagen, Kräfte freigesetzt werden, die sie nachher nicht mehr kontrollieren kann, wie das z.T. schon in bescheidenem Rahmen mit der Mutterschaftsinitiative geschehen ist.
Trotzdem erachten wir die Massnahmen der SGB-Führung als einen ersten bedeutsamen Erfolg unseres Vorgehens und unseres Vorschlages, der - wenn wir ihn zu nützen wissen - die Sache ausserordentlich vorwärts bringen kann.
Nicht mehr wie in der 40-Std-Wochen-Kampagne bestreitet die Bürokratie die Bedeutung des Themas, sondern sie ist schon am Anfang gezwungen, in die Diskussion einzutreten und wenigstens scheinbar sachliche Argumente vorzubringen. Wenn es uns gelingt, diese Diskussion breiter zu führen, wachsen damit auch die Möglichkeiten, mit der Lancierung der Initiative eine Umgruppierung in der Klasse und ihrer Massenorganisationen einzuleiten.

4. Auch bei anderen Minderheitsströmungen der Linken hat unsere Initiative ein erstes Echo gewonnen. Vor allem die Gruppierungen aus den Kantonen, die am stärksten von der Krise im Berufsbildungssektor betroffen sind und wo die Arbeiterbewegung noch sehr schwach ist (rückständige Regionen) und für die eine Lösung nur im nationalen Rahmen möglich ist, haben positiv reagiert. KO, Viva und KU haben zugesagt, unsere Initiative zu unterstützen. Gewerkschaftliche Gruppen und Sektionen wie GDP, GE stehen vor Entscheiden. In der GTCP fand unser Vorschlag ein Echo und wird offen diskutiert. Die Poch hat eine positive aber nicht sehr aktive Zusage gemacht. Westschweizer SP-Sektionen werden eventuell einen Antrag an den Parteitag machen. Gemessen an unseren Aktivitäten sind das wichtige Erfolge, die sich noch ausbauen lassen. Bereits gibt es auch schon in einigen Gewerkschaften und ihren Zeitungen offene Stellungnahmen, die Entscheide herbeiführen können. So im VPOD-Tessin u.a.

5. Diese Entwicklungen zwingen uns, weiterzugehen und präzise Schritte in Richtung Lancierung der Initiative einzuleiten, wenn wir nicht wollen, dass die ganze Kraft, die sich zu entwickeln beginnt, nutzlos verpuft und damit die RML enorm an Glaubwürdigkeit verliert.
Dabei ist unser Ziel, auf jeden Fall die Initiative zu lancieren. Selbst wenn es uns in der ersten Phase nicht gelingt, eine breite Einheitsfront zu bilden, haben wir schon jetzt die Bedingungen gelegt, dass die Initiative nicht zu einer reinen Parteiopperation wird wie z.B. die Poch/PSA AHV-Initiative.
Auch wenn anfangs nur eine "kleine" Einheit mit Organisationen wie Viva KO, ev. GE und einigen SP-Sektionen, Poch und ev. Gewerkschaftsgruppen als passive Unterstützer zustande kommt, so wird es möglich werden, während

der Kampagne die Einheit zu verbreitern und vor allem auch in den Gewerkschaften damit breiter Fuss zu fassen. Erst wenn die Leute sehen, dass wir auf jeden Fall die Initiative tragen, werden sie sich beteiligen und sich mobilisieren lassen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir trotz der Kleinheit der andern mitbeteiligungsbereiten Gruppen eine Lancierungsform finden, die eine Einheitsfront erleichtert.
Diese Zielsetzung stellt besondere Anforderungen an die gesamte Organisation und alle Militanten. Wenn wir davon ausgehen, dass der 5. NK der RML die Lancierung beschliesst (verbunden mit der Namensänderung), so wird das für den Herbst/Winter 80/81 einen maximalen Einsatz aller Genoss/inn/e n und aller Strukturen für Unterschriftensammlung und Propaganda bedeuten. Dies wird auch die Möglichkeit geben, die Sympatisanten in eine langfristige Arbeit und Diskussion der RML einzubeziehen und sie von den blossen Mitdiskutierern zu trennen (wie das die Poch am Anfang mit der 40std-Woche machte

6. Damit wir diese Perspektive möglichst sicher angehen können, müssen noch folgende Vorbereitungsarbeiten geleistet werden:
Mögliche SP-Sektionen müssen nocheinmal angegangen werden. Neben ihrer Beteiligung sollauch die Frage eines Antrages an den Parteikongress im Dez. 80 mit ihnen besprochen werden. Dies betrifft vor allem Ge, Ls, Zh, Bs.
In verschiedenen Gewerkschaften wie VPOD, GBH, GDP und GTCP soll eine Stellungnahme der Leitung verlangt werden.
Auch in Kartellen wie TI, Ls, Wdt, Bs Ge, soll versucht werden eine Stellungnahme zu erhalten.
Die Möglichkeiten, dass diese Schritte gemacht werden können, würde unser Vorgehen enorm erleichtern. Falls es möglich wird, dass die Initiative am SP-Kongress diskutiert wird, können wir auch unsern Terminkalender dementsprechend festlegen.

7. Die Perspektive einer Lanzierung, setzt voraus, dass wir schon heute alles auf die Entwicklung eines breiten Echos legen sowohl für die Forderung wie auch für das Initiativprojekt.
Dazu sehen wir folgende Schritte vor:
-Die vom SGB verbreiteten Argumente gegen das Initiativprojekt müssen an das Licht der Oeffentlichkeit gezogen werden und insbesonders zur Diskussion in an der Gewerkschaftsbasis genützt werden. Hier kann auch unser Vorschlag als Alternative und Perspektive vorgestellt werden. Wenn möglich sollen Studiengruppen über die Frage der Berufsbildung und Gewerkschaftsfrage gebildet werden mit interessierten Leuten, die beginnen, die Frage der Aus- und Umschulung sektoriell und betrieblich zu studieren.
-Die RML-Sektionen bereiten für Mai-Juni-Juli über die Frage der Berufsbildung propagandistische Denunziationskampagnen vor, wie das in Zürich mit der Kleiderfirma Bernies schon gemacht wurde (siehe Bresche-Artikel). Um die Solidarität mit den betroffenen Kehrlingen können auch die andern Organisationen erneut kontaktiert werden und damit vertraut gemacht werden, dass wir auf jeden Fall unsere Initiative lancieren werden.

8. Diese Schritte werden Ende Juni/AnfangJuli zusammengefasst in einer ersten nationalen Sitzung aller Kräfte, die an unserem Projekt sich in irgendeiner Form beteiligen wollen. Für diese Sitzung müssen wir einen ersten Plattformentwurf für ein Komitee und eine konkrete Form der Lancierung vorschlagen. Gleichzeitig soll die Sitzung auch eine Möglichkeit sein, Probleme der Initiative zu diskutieren und eventuelle Abänderungsvorschläge einzubringen. Falls es dann keine besonderen Ereignisse in der SP oder im SGB und seinen Verbänden mehr gibt, die einen Verzug rechtfertigen, könnten wir dann im Spätsommer/Herbst 1980 (5. NK der RML) ein breites Arbeitsseminar über die

Berufsbildung und unseren Vorschlag mit allen interessierten Kräften machen und von diesem Seminar aus die Initiative starten.

9. Nach Ostern wird die RML nach aussen zentriert auf dieser Frage arbeiten. Am 1.Mai werden wir als Startschuss ein grosses Gewicht darauf im nationalen Flugblatt legen. In allen Sektoren und Interventionen soll diese Perspektive eingebracht werden. Dazu sollten alle Sektionen bis Ende AprilSV durchführen, die diese Perspektive diskutieren und konkretisieren. Die Zellen helfen mit ein konkretes Arbeitsprogramm für jede Sektion aufzustellen insbesondere
- Gewerkschaftsdiskussion und Berufsbildung
- Propagandaaktion wie in Zürich bei Bernie
- Kontaktarbeit mit Organisationen und Aktivisten
- Nationale Zentralisierung.

Für diese Arbeiten wird im Mai zugleich eine nationale Kampagnenkommission errichtet, die dann sofort zu funktionieren beginnt indem sie Material für Aktionen verschickt und einen ständigen Informationsfluss garantiert.
Politisch verantwortlich für die Kampagne bleiben die ordentlichen Instanzen der Organisation auf allen Ebenen.

Für das PB redigiert: Karl